



An den Sozialausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Die Vorsitzende Frau Katja Rathje-Hoffmann
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

wir pflegen! Interessensvertretung und
Selbsthilfe pflegender Angehöriger SH e.V.

Nicole Knudsen

Mitglied des Landesvorstands

Mitglied des Bundesvorstands

schleswig-holstein@wir-pflegen.net

Steinbergweg 1

25873 Oldersbek

0152.3373.9618

wir-pflegen.net

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1690

1 / 4

Nur per E-Mail: sozialausschuss@landtag.ltsh.de

29. Juni 2023

Stellungnahme zu

- **Pflegende Angehörige entlasten – ambulante Versorgung sicherstellen / Antrag der Fraktion der SPD / Drucksache 20/480**
- **Bedingungen in der pflegerischen Versorgung anpassen, pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen besser unterstützen / Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN / Drucksache 20/536**
- **Pflegende Angehörige anerkennen, stärken und vor Armut schützen / Alternativantrag der Fraktion des SSW / Drucksache 20/535 (neu)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Rathje-Hoffmann,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den oben angeführten Anträgen.

Wir danken ebenfalls der Fraktion der SPD für den themensetzenden Antrag, der die bisher qualitativ und quantitativ mangelhafte Ausstattung infrastruktureller Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige sowie organisatorische Lücken zur Situationsverbesserung aufzeigt und in den Mittelpunkt stellt.

Zu den Anträgen im Einzelnen:

- a. **Pflegende Angehörige entlasten – ambulante Versorgung sicherstellen / Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/480**



Die im Antrag der SPD-Landtagsfraktion vorgebrachten Aufforderungen unterstützen wir durchgehend, da sie sich zum überwiegenden Teil mit unseren Forderungen vergangener Stellungnahmen decken.

Zur Kurzzeitpflege verweisen wir auf unsere Stellungnahmen zu

1. Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein bedarfsgerecht sicherstellen, Antrag der Fraktion der SPD | Drucksache 19/1917 und
2. Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege endlich verbessern, Alternativantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP | Drucksache 19/1951

2 / 4 vom Juni 2020. Darin haben wir bereits ausführlich zur mangelhaften Unterversorgung mit Entlastungsmöglichkeiten Stellung bezogen. Die vor drei Jahren beschriebene Situation hat sich seitdem nicht geändert, im Gegenteil aufgrund gestiegener Nachfrage bei gleichzeitigem gesunkenen Angebot eher verschärft. Noch immer stehen die raren Kurzzeitpflegeplätze nur einer geringen Anzahl hochaltriger Personen mit beginnender Demenz und ohne herausforderndem Verhalten oder ohne Intensivpflegebedarf zur Verfügung. Für andere Diagnosen oder zur Entlastung pflegender Kinder und Jugendliche oder pflegender Eltern sind adäquate Infrastrukturen nicht nennenswert vorhanden.

Die Durchführung regionaler Pflegekonferenzen unterstützen wir ausdrücklich. Diese sollten **unter Einbeziehung der häuslich Pflegenden** aufbauend auf eine realistische Bedarfsermittlung strategische und konzeptionelle Lösungsvorschläge zur Begegnung des landesweiten Pflegenotstands in der Häuslichkeit erarbeiten und mit dem Land und den vorhandenen Ausschüssen koordiniert werden.

Zur beantragten personellen Ausstattung der Pflegestützpunkte fordern wir die Erweiterung um speziell für die Belange von Kindern und Jugendlichen qualifizierten Pflegeberater*innen nach §7 SGB XI.

Zur Vor-Ort-für-dich-Kraft und den „Community Health Nurses“ verweisen wir auf unsere Stellungnahmen vom 14.06.2023 zu den beiden Anträgen

1. Mit der Vor-Ort-für-dich-Kraft den Zusammenhalt in Schleswig-Holstein stärken / Antrag der Fraktion der SPD / Drucksache 20/585 und
2. Mehr soziale Ansprechpersonen in den Gemeinden - eine Hilfe für Ältere und Menschen, die soziale Unterstützung bedürfen / Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN / Drucksache 20/629

b. Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen / Bedingungen in der pflegerischen Versorgung anpassen, pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen besser unterstützen, Drucksache 20/536

Ergänzend zu unseren oben angeführten Erläuterungen unterstützen wir die Forderungen aus dem Alternativantrag, weisen gleichzeitig darauf hin, dass wir pflegen SH e.V. als



Interessenvertretung pflegender Angehöriger bei allen Gesprächen zu pflegerelevanten Themen einbezogen werden muss. Das gilt auch für die im Antrag erwähnte Pflegebedarfsplanung und einer zielgerichteten Angebotsermittlung.

Laut eines „Beitrages zum pflegepolitischen Reformdiskurs“¹ steht das Modell Buurtzorg „(...) für sozialraumorientierte Konzepte, die die Solidaritätsressourcen des Ortes systematisch einbeziehen. Derartige Innovationen gilt es im Sinne der Einlösung der Infrastrukturverantwortung ebenso zu stärken, wie die Entwicklung von Angeboten für bisher vernachlässigte Zielgruppen, wie etwa FTD-Betroffene, für junge Pflegebedürftige und Menschen mit Pflegebedarf, die über eine Migrationsgeschichte verfügen. Die lokale Kultur, aber auch bestimmte Formen der Diversität (LSBTTIQ) verlangen nach besonderen Wohn- und Versorgungsformen. Nicht die Investition des Staates in Heimplätze, sondern vielmehr die Investitionen in die Infrastruktur ergänzende und sicherstellende Innovationen sind gefragt. Hierfür sollte im Zusammenhang mit Konzepten regionaler integrierter Versorgung im Gesundheitswesen ein Innovationsfonds jenseits von Modellprojekten geschaffen werden (...)“².

3 / 4

Dieses Modell birgt allerdings die Gefahr, dass Solidaritätsressourcen ausschließlich aus dem Ehrenamt rekrutiert werden und zur Überlastung und Rückzug freiwilligen Engagements führen. Gemeinwohldienliche staatlich-hoheitliche Aufgaben können und dürfen „Hilfenetzwerke, bestehend aus informellen und professionellen Akteuren im Quartier“³ nicht ersetzen.

c. Alternativantrag der Fraktion des SSW / Pflegende Angehörige anerkennen, stärken und vor Armut schützen, Drucksache 20/535(neu)

Der Alternativantrag der Fraktion des SSW, den wir vollumfänglich unterstützen, ist am weitgehendsten. Wir danken der antragstellenden Fraktion für die aufgeführten Forderungen zur Vermeidung von Armut durch Pflege, zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf oder zur Partizipation, die sich mit den Forderungen von wir pflegen e.V. decken.

Eine im Antrag formulierte „bessere psychologische Unterstützung für pflegende An- und Zugehörige“ muss u.E. nach ein standardisiert implementiertes, bedarfsgerechtes sozialtherapeutisches Angebot beinhalten.

Zur „Initiierung von Modellprojekten der aufsuchenden Hilfs- und Beratungsangebote nach

¹ Klie, Ranft, Szepan: Eckpunkte Strukturreform Pflege und Teilhabe, Pflegepolitik als Gesellschaftspolitik, Ein Beitrag zum pflegepolitischen Reformdiskurs, 2021

² Ebd.

³ Unterrichtung durch die Bundesregierung: Siebter Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung und den Stand der pflegerischen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 19/30300



dem Modell der Gemeindepfleger:innen“ verweisen wir auf unsere Stellungnahmen vom 14.06.2023 zu den beiden Anträgen

1. Mit der Vor-Ort-für-dich-Kraft den Zusammenhalt in Schleswig-Holstein stärken / Antrag der Fraktion der SPD / Drucksache 20/585 und
2. Mehr soziale Ansprechpersonen in den Gemeinden - eine Hilfe für Ältere und Menschen, die soziale Unterstützung bedürfen / Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN /Drucksache 20/629

4 / 4

Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist ein wichtiger Schlüssel, um (Alters-)Armut und soziale Isolation durch häusliche Pflege zu verhindern. Hierfür ist es u.E. nach nicht zwingend erforderlich, ein Qualitätssiegel für Arbeitgeber einzuführen. Ein vom Land koordinierter Ausschuss zwischen unter anderem Kammern, Arbeitgebervertretern, Gewerkschaften, der Interessenvertretung pflegender Angehöriger und ein auf den ermittelten Bedarfen aufbauendes Programm ist als erster Schritt einer verbesserten Vereinbarkeit allerdings so zügig wie möglich einzurichten.⁴ Hierbei kann auf eine breit angelegte Expertise des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend⁵ zurückgegriffen werden.

Wir freuen uns auf die mündliche Anhörung, auf der wir die oben angeführten Themen gerne vertiefen und Lösungen für eine Verbesserung der Situation häuslich Pflegender vorstellen.

Bis dahin mit freundlichem Gruß

Nicole Knudsen

Vorstand wir pflegen e.V.

wir pflegen SH e.V. vertritt die Interessen sorgender, pflegender und begleitender An- und Zugehöriger auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen. Zu unseren Zielen gehören unter anderem die Stärkung der Selbsthilfe, ihnen zu mehr Wertschätzung und Mitspracherecht zu verhelfen und bestehenden lokalen und regionalen Initiativen mehr politisches Gewicht zu verleihen.

⁴ Siehe beispielsweise Landesprogramm für Beruf und Pflege in NRW, berufundpflege-nrw.de; Vereinbarkeit Familie und Beruf, hamburg-fairplay.de

⁵ wege-zur-pflege.de